

Welcome to Absurdistan

Ein muslimischer Menschenrechtsverteidiger als *Abu-Sayyaf*-Mitglied und Schweinezuchtprogramme für Muslime

von
Nina Johnen

Nina Johnen hat als Projektkoordinatorin im Bereich des Menschenrechtsschutzes auf den Philippinen gearbeitet und studiert zurzeit im Master International Area Studies an der Martin-Luther-Universität Halle (Saale).

Die *National Commission on Muslim Filipinos* (NCMF) fördert und schützt die muslimische Minderheit auf den Philippinen durch unterschiedliche staatliche Programme. Im Zuge eines landesweiten Korruptionsskandal im Jahr 2013, dem sogenannten *Pork Barrel Scandal*, sowie durch einen international Aufmerksamkeit erregenden Gerichtsprozess gegen den muslimischen Menschenrechtsverteidiger Temogen ›Cocoy‹ Tulawie wird nun jedoch publik, wie einzelne Programme der Institution von korrupten Politikern unter dem Vorwand, religiöse Minderheiten zu schützen, zur eigenen politischen sowie monetären Vorteilsnahme zweckentfremdet wurden.

Muslimische Sezessionsbewegungen auf den Philippinen

Von den circa 100 Millionen EinwohnerInnen der Philippinen sind etwa 5 Prozent muslimischen Glaubens und gehören somit zu einer der größten Minderheiten des Landes. Der Großteil lebt in den südlichen Inselregionen, Mindanao und Sulu. Hier haben gleich drei verschiedene muslimische Sezessionsbewegungen, die sich für die Etablierung eines unabhängigen muslimischen Staates einsetzen, ihre Ursprünge. Ihre unterschiedlichen politischen Ziele verfolgen sie teils unter Anwendung extremer und/oder terroristischer Gewalt. Die *Mono Nationale Befreiungsfront* (MNLF) setzt sich seit Ende der 1960er Jahre für einen unabhängigen islamischen Morostaat ein. 1987 nahm sie das Angebot der Zentralregierung an, eine Teilautonomie in Form der *Autonomen Region Moslem Mindanao* (ARMM) zu erlangen. Daraufhin spaltete sich die *Islamische Befreiungsfront Moro* (MILF) von der Bewegung ab. Sie akzeptierte das Angebot der Regierung nicht und verfolgte fortan einen vorwiegend bewaffneten Separatistenkampf. Während die MNLF und die MILF nur auf nationalem Territorium agieren, zählt die seit 1991 bestehende *Abu Sayyaf* als Teil des Terrornetzwerkes *Al Qaida* zu einer der bekanntesten internationalen islamischen Terrorgruppen. Sie machen immer wieder durch medienwirksame Entführungen westlicher Touristen und Bombenanschläge auf den Philippinen, aber auch in Malaysia (2014), auf sich aufmerksam.

Diese teils terroristischen Sezessionsbewegungen und die Anschläge des 11. September 2001 haben innerhalb der mehrheitlich christlichen Bevölkerung

des Landes dazu geführt, dass muslimische Filipinos zunehmend Opfer von gesellschaftlicher Diskriminierung sowie politischer und staatlicher Repressalien wurden, etwa in Form strategischer Kriminalisierung als muslimische Terroristen. Der Begriff des *Abu-Sayyaf-Baiting* entwickelte sich genau in diesem politischen Kontext. Er bezeichnet die Praxis staatlicher und privater Akteure, unschuldige Muslime nur auf Grund ihres Glaubens oder ihres muslimischen Namens öffentlich und teils juristisch als *Abu-Sayyaf* Mitglieder oder Unterstützer dieser Gruppierung zu diffamieren.

Die Kommission für muslimische Filipinos

Zu den offiziellen Aufgaben der Kommission für muslimische Filipinos³ gehört es, den Präsidenten landesweit bei politischen Entscheidungen in sozialen, kulturellen, ökonomischen sowie gesellschaftlichen Bereichen die muslimischen Filipinos betreffend zu beraten. Acht Kommissare wohnen unterschiedlichen Kabinetttreffen bei und agieren als direkte Mittler zwischen der philippinischen Regierung und den Interessen der muslimischen Minderheit. Zwei der sieben Hauptabteilungen stellen die Abteilung für rechtliche sowie die Abteilung für wirtschaftliche Angelegenheiten dar. Die eine bietet in enger Kooperation mit dem Justizministerium unter anderem Rechtsschutz und Rechtshilfe für unschuldig als *Abu-Sayyaf*-Mitglieder beschuldigte Muslime an. Die zweite bietet landwirtschaftliche Förderprojekte, zum Beispiel im Bereich der Landwirtschaft und Viehzucht.

Temogen ›Cocoy‹ Tulawie (3. von links) mit seinen Anwälten Magnolia Quidet, Mary Ann Arnado, und Glocelito Jayma am Gefängnis der Stadt Manila. Foto: © privat





Menschenrechtsverteidiger Temogen ›Cocoy‹ Tulawie mit seiner Familie
Foto: © privat

Schweinezuchtprogramme für Muslime

Im Jahr 2013 wurde einer der größten Korruptions-skandale der philippinischen Geschichte aufgedeckt. Im Zuge des *Priority Development Assistant Fund (PDAF)*, eines von der Regierung aufgesetzten Finanzförderprogrammes für NGOs, kam es zur Gründung unzähliger Schein-NGOs, deren Gelder über Jahre in die Taschen korrupter Senatoren, Kongressabgeordneter und Juristen wanderte. Im März 2014 veröffentlichte die *Commission on Audit (COA)*, vergleichbar mit dem deutschen Bundesrechnungshof, einen Bericht, aus dem hervor geht, dass auch die Kommission für muslimische Filipin@s in den Skandal involviert ist. Damit ist sie die erste direkt dem Präsidentenbüro unterstellte Institution, die sich den Vorwürfen der Veruntreuung von Steuergeldern stellen muss. Zwei Senatoren sowie 38 Mitglieder des Repräsentantenhauses veruntreuten allein im Jahr 2012 mehr als 514 Millionen Peso (knapp 9 Mio. Euro). Die Gelder flossen unter anderem in angebliche Schweinezuchtprojekte, obwohl es Muslimen verboten ist, dieses zu konsumieren. Nachdem Tulawie die NCMF öffentlichkeitswirksam beschuldigt hatte, Bestechungsgelder angenommen zu haben, forderte der Kommissionsvorsitzende ihn über seine private Facebookseite auf, sich öffentlich mit ihm zu treffen und auf den Koran zu schwören, dass beide die Wahrheit sagten. Diese direkte Politisierung von Religion durch das Verhalten eines Staatangestellten erlaubt einen Einblick in das Selbstverständnis und Selbstbewusstsein der politischen Elite des Landes, die ohne Angst vor politischen Konsequenzen nach ihrem persönlichen Willen agieren kann.

Auch in Anbetracht der Tatsache, dass das Geld für die wirtschaftliche Förderung lokaler muslimischer Bauern gedacht war, ist der Fall skandalös. Muslimische Filipin@s gehören zu den ärmsten Gesellschaftsschichten des Landes. Erhebungen des *National Statistics Coordinating Board (NSCB)* ergaben, dass von den 15 ärmsten Provinzen insgesamt sieben mehrheitlich muslimisch bevölkert sind.

Zwischen 2006 und 2012 lebten zwischen 42 und 47 Prozent der Bevölkerung der *Autonomen Region Moslem Mindanao (ARMM)* unterhalb der gesetzlichen Armutsgrenze von 5.458 philippinischen Pesos (etwa 93 Euro) im Monat. Somit gilt die ARMM als ärmste aller philippinischen Provinzen.

Abu-Sayyaf-Baiting des muslimischen Menschenrechtsverteidigers Cocoy Tulawie

Temogen ›Cocoy‹ Tulawie ist ein muslimischer Menschenrechtsverteidiger aus Sulu. Zurzeit sitzt er in Manila in Untersuchungshaft. Tulawie prangerte Menschenrechtsverletzungen des ehemaligen Gouverneur Abdusakur Tan öffentlich an und ging rechtlich dagegen vor. Es handelte sich unter anderem um das unrechtmäßige Verhängen eines militärischen Ausnahmezustandes über das gesamte Archipel sowie die Einführung eines Ausweisregistrierungssystems, das gegen eine Reihe von Persönlichkeitsrechten verstieß. Um Tulawies Arbeit zu stoppen, reichte Tan Anklagen auf Basis ausgedachter Anschuldigungen gegen ihn ein.

Diese Art der Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidigern, also das rechtliche Anklagen für Vergehen, die diese de facto nicht begangen haben, zum Beispiel für Mord oder Brandstiftung, ist eine auf den Philippinen weitverbreitete und sehr erfolgreiche Strategie, öffentliche Kritik seitens der Zivilgesellschaft zu unterdrücken und zu stoppen. Denn angeklagte und teils über Jahre inhaftierte Menschenrechtsverteidiger sind in den meisten Fällen nicht mehr in der Lage, ihrer Arbeit weiterhin nachzugehen.

Tulawie wird vorgeworfen, im Mai 2009 in Kooperation mit *Abu Sayyaf* einen Bombenanschlag auf den ehemaligen Gouverneur verübt zu haben. Das Gerichtsverfahren läuft seit März 2013 und wird immer wieder durch Verzögerungstaktiken der Anklage in die Länge gezogen. Diese sind unter anderem auf den machtpolitischen Einfluss des Gouverneurs auf lokale und nationale Gerichte und auch auf die NCMF zurückzuführen. Durch direkte Einflussnahme auf den Vorsitzenden der nationalen Kommission sowie den Abteilungsvorsitzenden des Rechtshilfeprogrammes für zu Unrecht als *Abu-Sayyaf*-Mitglieder beschuldigte Muslime gelang es Tan nach Aussagen des *International Peace Observers Network (IPON)*, Tulawie für bisher zwei Jahre und sechs Monate ins Gefängnis zu bringen.

Die der *Abu Sayyaf*-Mitgliedschaft beschuldigten Muslime werden bis zu ihrer offiziellen Anklage in einem Militärkamp in der Nähe der Hauptstadt Manila festgehalten. Hier haben viele NGOs, aber auch die NCMF Programme laufen, die unschuldige Muslime identifizieren und ihnen Rechtshilfe zukommen lassen. Dem Gouverneur gelang es durch gezielte Einflussnahme und Bestechung, den

Namen zumindest eines tatsächlichen *Abu Sayyaf*-Mitgliedes auf die Liste der Unschuldigen zu setzen und ihm im Zuge dessen zur Freiheit zu verhelfen. Als Gegenleistung musste dieser aussagen, er habe zusammen mit Tulawie den Anschlag auf den Gouverneur geplant und umgesetzt. Der Betroffene ist ein über die Region Sulu hinaus bekannter *Abu Sayyaf*-Terrorist, der bereits in zwei Entführungsfälle involviert war. Ein Opfer ist heute einer von drei Hauptzeugen der Verteidigung Tulawies. (Dies geht aus den Berichten zweier mitangeklagter *Abu Sayyaf*-Mitglieder hervor, die im Verlaufe des Prozesses bereits gestanden haben, vorsätzlich Falschaussagen getätigt zu haben.)

Gleichzeitig verfolgt die Staatsanwaltschaft das Ziel, nicht nur Tulawie selbst, sondern auch sein Umfeld als *Abu Sayyaf*-Sympathisanten darzustellen. Dies wurde im Fall zweier Anwältinnen damit begründet, dass sie als Repräsentanten der MILF sowie dem Komitee der *Bangsamoro Übergangskommission (BTCC)* aktiv an den Friedensverhandlungen zwischen MILF und der philippinischen Regierung teilgenommen hatten.

Kultur der Recht- und Straflosigkeit bleibt weiterhin bestehen

Im Falle der Kommission für muslimische Filipinos wurden nicht nur staatliche Gelder veruntreut, sondern Religion bzw. der islamische Glaube aktiv zur persönlichen Bereicherung instrumentalisiert und zur Kriminalisierung anderer ausgenutzt. Die demokratische Pflicht des Schutzes religiöser Minderheiten durch staatliche Institutionen wurde gravierend verletzt. Es zeigt sich erneut, wie willkürlich und von der eigenen Bevölkerung entfremdet die politische Elite der Philippinen agiert. Beteiligte Vertreter der Kommission wurden bisher zwar ihrer Ämter enthoben, offizielle Anklagen wegen der Veruntreuung öffentlicher Gelder wurden bisher jedoch noch nicht gestellt. Auch das *Büro des Präsidenten (OP)* reagierte auf eine offizielle Beschwerde von Tulawies

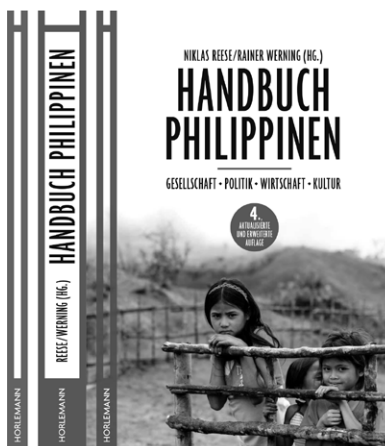
Verteidigung bisher nicht. Es äußerte lediglich, dass alles dafür getan werde, die Vorfälle aufzuklären. Es besteht also auf allen Landesebenen eine Kultur der Recht- und Straflosigkeit und erlaubt der politischen Elite, staatliche Institutionen weiterhin zu unterlaufen und zu ihrem eigenen Nutzen auszubeuten.

Diese Entwicklungen sind besonders im Kontext der Versprechungen des aktuellen Präsidenten Benigno Aquino III. besorgniserregend und enttäuschend, denn er hatte bei seiner Amtseinführung im Jahr 2010 angekündigt, den Kampf gegen Korruption und den Schutz von Menschenrechten als eine der Hauptprioritäten seiner Amtszeit zu verfolgen.

Den Preis für diese anhaltende Kultur der Rechts- und Straflosigkeit bezahlen im Falle der Kommission für muslimische Filipinos ca. vier Millionen Menschen muslimischen Glaubens.

Anmerkungen

1. Dieser Artikel basiert mehrheitlich auf Informationen der zweijährigen Zusammenarbeit der deutschen Menschenrechtsorganisation *International Peace Observers Network*, (IPON), mit dem Menschenrechtverteidiger Cocoy Tulawie. Im Zuge dieser Tätigkeit kam es zur Recherche der politischen Hintergründe der Anklage sowie zu einer Vielzahl von Gesprächen und Interviews (zuletzt im Juli 2014). IPON ist eine Menschenrechtsorganisation, die seit 2006 Menschenrechtsbeobachtungen in Konfliktgebieten durchführt. Aktuelle Einsatzgebiete sind Mindanao und Negros in den Philippinen. Das Ziel der Arbeit ist die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen und der Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen.
2. Es gibt keine internationale, allgemeingültige Definition offizieller Akteure (Philippinische Regierung, UN) für *Abu-Sayyaf-Baiting*. Dieser Artikel greift auf die offizielle Definition des IPON zurück.
3. *National Commission on Muslim Filipinos (NCFM)*: About NCFM; <http://www.ncmf.gov.ph/about-ncmf.html> (29.7.2014)
4. *National Statistics Coordinating Board (NSCB)*: Highlights of the 2012 Full Year Official Poverty Statistics; http://www.nscb.gov.ph/poverty/2012/highlights_fullyear.asp (26.7.2014)



Jetzt erhältlich...

Die vierte und vollständig überarbeitete Neuauflage des »Handbuch Philippinen« ist jetzt erhältlich. Das Buch liefert tiefe Einblicke in Geschichte und Gegenwart, Land und Leute. Es verdichtet Informationen zu zentralen gesellschaftspolitischen Problemfeldern in zahlreichen Beiträgen geschrieben von langjährigen PhilippinenkennerInnen.

Bestellen sie unter vertrieb@asienhaus.de.

Niklas Reese, Rainer Werning (Hg.): Handbuch Philippinen.
Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, Kultur.
ISBN 978-3-8950-2339-2 • 495 Seiten • € 19,90 (D)